



22. Februar 2022



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

bereits am vergangenen Dienstag ist der Landtag zu einer Sondersitzung zusammengekommen. Gemeinsam haben wir über die nächsten Schritte und mögliche Lockerungen in dieser Corona-Welle diskutiert, denn wir können behutsam über Lockerungsschritte sprechen.

Es war richtig, auf die Omikron-Welle mit verschärften Regeln zu reagieren. Doch jetzt sind wir weiter, die Welle scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Die Intensivstationen sind nicht überlastet, die kritische Infrastruktur ist nicht gefährdet. Die SPD-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalens unterstützt deshalb den Plan einer gestuften Öffnung des gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens. Klar ist aber auch: Wer den Berg jetzt zu schnell runter läuft, kann auch schnell ins Straucheln geraten. Daher sind Vorsicht und Voraussicht auch weiterhin unsere besten Wegbegleiter. Dazu gehört, dass wir uns für die nächste Welle wappnen, indem wir die Zahl der Geimpften und Geboosterten deutlich erhöhen.

Die Landesregierung kann sich jedoch nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. Dabei bräuchten die Menschen im dritten Jahr der Pandemie eine klare Orientierung. Kein Wunder, dass über 70 Prozent in NRW mit dem Krisenmanagement von Ministerpräsident Wüst unzufrieden sind. Lasst uns das gemeinsam ausnutzen, im Wahlkampf unsere Energie auf die Straßen bringen, damit es im Landtag NRW nach dem 15. Mai andere Mehrheiten gibt.

Weitere parlamentarischen Initiativen — wie die von uns beantragte Aktuelle Stunde zum Lehrkräftemangel — und Wahlkreisnews erfahren Sie in diesem Newsletter.

Herzliche Grüße

Ihre

Heike Gebhard

S. Watermeier

»Solingen, Halle, Hanau - und kein Ende in Sicht?« Kontinuitäten rechten Terrors in Deutschland



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Gemeinsam mit dem Landesintegrationsrat haben wir gestern mit der Veranstaltung „Solingen, Halle, Hanau – und kein Ende in Sicht? Kontinuitäten rechten Terrors in Deutschland“ an die Verstorbenen von Hanau erinnert. Zwei Jahre ist es nun her, dass am 19. Februar 2020 neun Menschen Opfer eines rassistischen Anschlags wurden.

„Die Verantwortung für Erinnerung, Gerechtigkeit, Aufklärung und Konsequenzen liegt in der Politik und der Gesellschaft“, stellte Newroz Duman von der Initiative 19. Februar fest. Prof. Dr. Aladin El-Mafaalani betonte, dass Rassismus benachteiligt, entwürdigt und krank macht. Nur durch Veränderung in unseren Strukturen und Institutionen sowie durch öffentliche Wahrnehmung könnten wir einen Wandel herbeiführen.

Die Veranstaltung zeigt: Es gibt noch viel zu tun. Nur gemeinsam können wir Rassismus und Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft bekämpfen.

[Zum Videostatement](#)

Kein Numerus Clausus = mehr Lehrkräfte?

Der Lehrkräftemangel spitzt sich zu. Nun hat Schulministerin Gebauer angekündigt, den Numerus Clausus für Lehramtsstudiengänge abschaffen zu wollen. Wir haben dazu eine Aktuelle Stunde beantragt und haben am Mittwoch über den Vorstoß debattiert. Denn wir finden: Nur den Numerus Clausus abzuschaffen, ist nicht weit genug gedacht. Die Hochschulen brauchen eine bessere finanzielle Ausstattung, bessere Räumlichkeiten und mehr Personal, um die Qualität der Lehramtsstudiengänge zu erhöhen. Unsere angehenden Lehrerinnen und Lehrer und auch unsere Kinder haben es verdient!

[Aktuelle Stunde:
Chaos-Plan kurz vor
Toresschluss?](#)



Foto: www.pixabay.com

Lebensader A45 durchtrennt

51.500 Fahrzeuge und 13.500 LKW täglich – das war die Verkehrsbilanz der Rahmedetalbrücke in Lüdenscheid bis zur Sperrung am 2. Dezember 2021. Seitdem steht der Verkehr auf diesem Streckenabschnitt der A45 still. Und die Menschen in den umliegenden Städten und Gemeinden leiden unter Lärm, Schmutz, Vibrationen und der erhöhten Gefahr durch den Verkehr unter anderem auf Schulwegen. Es braucht nun dringend Maßnahmen gegen den Lärm, ein verbessertes Nahverkehrsangebot und vieles mehr, um diese Belastungen aufzufangen.

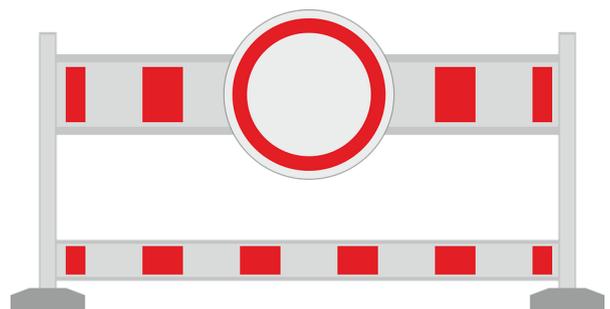


Foto: www.pixabay.com

[Antrag SPD-Fraktion: Lebensader A45 durchtrennt](#)

Wiederaufbauhilfe für die Betroffenen der Hochwasserkatastrophe – jetzt!

Die Hochwasserkatastrophe ist über ein halbes Jahr her, doch noch immer stehen zigtausend Betroffene in den Trümmern ihrer Existenz. Die Antragsverfahren für finanzielle Unterstützung sind umständlich und langwierig. Wie sollen Unternehmerinnen und Unternehmer Warenbestände schätzen, die nicht mehr da sind? Wie Privatleute Gutachten vorlegen, deren Erstellung sie sich nicht leisten können? Wir fordern daher, dass die Aufbauhilfe bürokratiearm, schnell und wirksam auf den Weg gebracht wird.

**Antrag SPD-Fraktion:
Lücken bei der Wiederaufbauhilfe
schließen**



Foto: www.pixabay.com

Chancen und Perspektiven für den ländlichen Raum

Im März 2021 wollten wir von der Landesregierung wissen, wie es um die Entwicklungsperspektiven der ländlichen Räume in Nordrhein-Westfalen steht. Nun liegt die Antwort auf unsere Große Anfrage vor. Das Ergebnis zeigt deutlich, dass das Klischee einer strukturschwachen und durch die Land- und Forstwirtschaft geprägten Gegend nicht der Realität entspricht. Um den ländlichen Raum zu stärken, müssen wir die Themen Wirtschaft, Mobilität, Gesundheit und Pflege in den Fokus rücken.

**Antrag SPD-Fraktion:
Chancen für das Leben auf dem Land**

Heike Gebhard zum dritten Mal Mitglied der Bundesversammlung



Am 13. Februar 2022 fand die 17. Bundesversammlung in der Bundesrepublik Deutschland die Bundesversammlung statt. Zum dritten Mal mit dabei war die Gelsenkirchener Landtagsabgeordnete Heike Gebhard. Frank-Walter Steinmeier erhielt dabei im ersten Wahlgang 1.045 von 1.437 abgegebenen Stimmen und wurde damit für eine zweite Amtszeit wiedergewählt.

„Schon 1984 wurde mir die Ehre zu Teil als ehrenamtlich engagierte Frau Mitglied der Bundesversammlung zu sein, die damals noch in Bonn stattfand. Zur Wahl standen damals Richard von Weizsäcker und Luise Rinser. Bereits im ersten Wahlgang erhielt Herr von Weizsäcker 80 Prozent der Stimmen. 26 Jahre später war ich zum zweiten Mal dabei, diesmal als Landtagsabgeordnete. Wir benötigten drei Wahlgänge, bis sich Christian Wulff gegen Joachim Gauck

durchsetzte. Zum Ende meiner Abgeordnetentätigkeit Nordrhein-Westfalen ein drittes Mal vertreten zu haben, war für mich eine große Ehre und erfüllt mich mit Stolz.“

Hintergrund: Die Bundesversammlung setzt sich zur Hälfte aus den Mitgliedern des Bundestages zusammen, die andere Hälfte wird von den Landesparlamenten gewählt und berücksichtigt Abgeordnete und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft. Der Landtag Nordrhein-Westfalen hat am 16. Dezember 2021 die 156 Mitglieder und weitere Ersatzmitglieder für Nordrhein-Westfalen gewählt.



Fotos: privat

Austausch mit Generalkonsulin Frau Branislava Perin und weiteren Generalkonsulinnen

Auf Einladung der serbischen Generalkonsulin Branislava Perin, haben sich Thomas Kutschaty (Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion), Sarah Philipp (parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Landtagsfraktion) und Sebastian Watermeier (Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für den Bereich Europa und Internationales) miteinander ausgetauscht.

Die Generalkonsulinnen pflegen einen regelmäßigen, vertrauensvollen gemeinsamen Austausch mit wechselnden Gästen zu einer großen Breite an politischen Themen. Sebastian Watermeier bedankte sich im Anschluß herzlich bei der Generalkonsulin Frau Perin für die Einladung.

Hinweis: Alle Beteiligten sind geboostert und zusätzlich negativ auf das Coronavirus getestet worden (2G-+)

Auf dem Foto von links nach rechts:

Portugal: Generalkonsulin Frau Lidia Bandeira Nabais, Marokko: Generalkonsulin Frau Lalla Loubna Ait-Bassidi, USA: Generalkonsulin Frau Pauline Kao, Mann der serbischen Generalkonsulin Herr Dusko Peric, Serbien: Branislava Perin (Gastgeberin), Thomas Kutschaty MdL, Sarah Philipp MdL, Türkei: Generalkonsulin Frau Aysegül Gökçen Karaarslan und Sebastian Watermeier MdL.



Foto: Büro Watermeier

Aus dem Wahlkreis

Angsträum Bahnhof – SPD-Landtagsabgeordnete möchten Haltepunkte sicherer und sauberer machen

Verwaorloste Bahnstationen sind immer wieder ein Ärgernis. Die Fahrgäste fühlen sich unwohl und nicht sicher. Das möchte die SPD-Fraktion im Landtag NRW auch an den S – Bahnhöfen in Gelsenkirchen ändern und will dazu Bahnhofsaufsichten als Kümmerer vor Ort. „Denn eine erfolgreiche Verkehrswende gibt es nur mit Haltepunkten, an denen sich die Menschen wohl fühlen“, sagt Sebastian Watermeier, Abgeordneter aus Gelsenkirchen.

Verwaorlost und zugemüllt – so erleben viele Menschen Bahnstationen und Haltepunkte, auch bei uns in Gelsenkirchen. So zum Beispiel die Haltepunkte Rotthausen, Hassel-Nord und Buer-Süd.



Foto: Büro Watermeier

Das darf so nicht bleiben, finden die beiden Abgeordneten der SPD-Fraktion im Landtag NRW. „Verkehrs- und klimapolitisch ist es dringend notwendig, dass mehr Menschen auf Bus und Bahn umsteigen. Doch wie wollen wir Menschen davon überzeugen, wenn ihre Bahnstation kein bisschen einladend ist?“, so Heike Gebhard. Die Fahrgäste würden sich an solchen Haltepunkten unwohl und häufig auch unsicher fühlen.

Daher fordert die SPD-Landtagsfraktion ein Konzept, um auch den Zustand der Stationen hier vor Ort zu verbessern. Dafür haben die Sozialdemokraten den Antrag „Angsträume beseitigen, Sicherheit erhöhen – die Verkehrswende braucht attraktive Bahnhöfe und Haltepunkte!“ im Landtag eingebracht. „An kleinen und mittleren Bahnhöfen sowie Haltepunkten fordern wir darin eine Bahnhofsaufsicht“, sagt Watermeier. Die Bahnhofsaufsicht soll Kümmerer für eine oder mehrere Stationen werden, so die Idee der

Sozialdemokraten. „So haben die Fahrgäste regelmäßig Ansprechpartner vor Ort“, ergänzt Heike Gebhard. Zudem sei die Bahnhofsaufsicht für das Erscheinungsbild rund ums Gleis verantwortlich.

Befinde sich ein Bahnhof einen guten Zustand, müsse das dauerhaft so bleiben. Das sicherzustellen, ist nach den Plänen der SPD-Fraktion eine der Aufgaben einer Bahnhofsaufsicht. Die Mitarbeitenden sollen demnach Vandalismusschäden und Vermüllung sofort beseitigen. Nachahmungstäter sollen so weniger angezogen werden. „Wir verhindern, dass die Bahnstationen zu Orten werden, an denen Fahrgäste keine fünf Minuten warten wollen“, so die beiden Abgeordneten. Für ihre Arbeit sollen die Bahnhofsaufsichten mit einem eigenen Budget ausgestattet werden. So könnten viele Schäden schnell behoben werden.

Die SPD fordert, dass es bald Verbesserungen für die Bahnstationen vor Ort gibt. Eine Anhörung von Sachverständigen im Innenausschuss des Landtags zeige in jedem Fall die Unterstützung des Fahrgastverbands Pro Bahn, der Deutschen Bahn und der Polizeigewerkschaften.



Foto: Büro Gebhard